

Professor Dr. Dr. h. c. Ulrich Blum, Jahrgang 1953, ist Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Von 2004 bis 2011 war er Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle. Von 1991 bis 2004 lehrte er an der Technischen Universität Dresden und war von 1992 bis 1994 ebenda Gründungsdekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. Seit dem Jahr 2014 ist er Internationaler Exzellenzprofessor der Volksrepublik China. Zu seinen Forschungsthemen gehören auch die Transformationsprobleme in den neuen Ländern und in Osteuropa. Seit 1988 schreibt er für MUT. Dieser Beitrag basiert auf einem Vortrag im Rahmen des Schwerpunktthemas der Konrad-Adenauer-Stiftung „Soziale Marktwirtschaft und Wohlstand von morgen“ anlässlich des 120. Geburtstags von Ludwig Erhard, der am 4. Februar 1897 geboren wurde.



Frühling in der Mark, Gemälde (1900; Format: 145 x 98 cm) von Heinrich Basedow (1865 - 1930); Galerie Barthelmess & Wischnewski, Berlin (www.gbw-berlin.de)

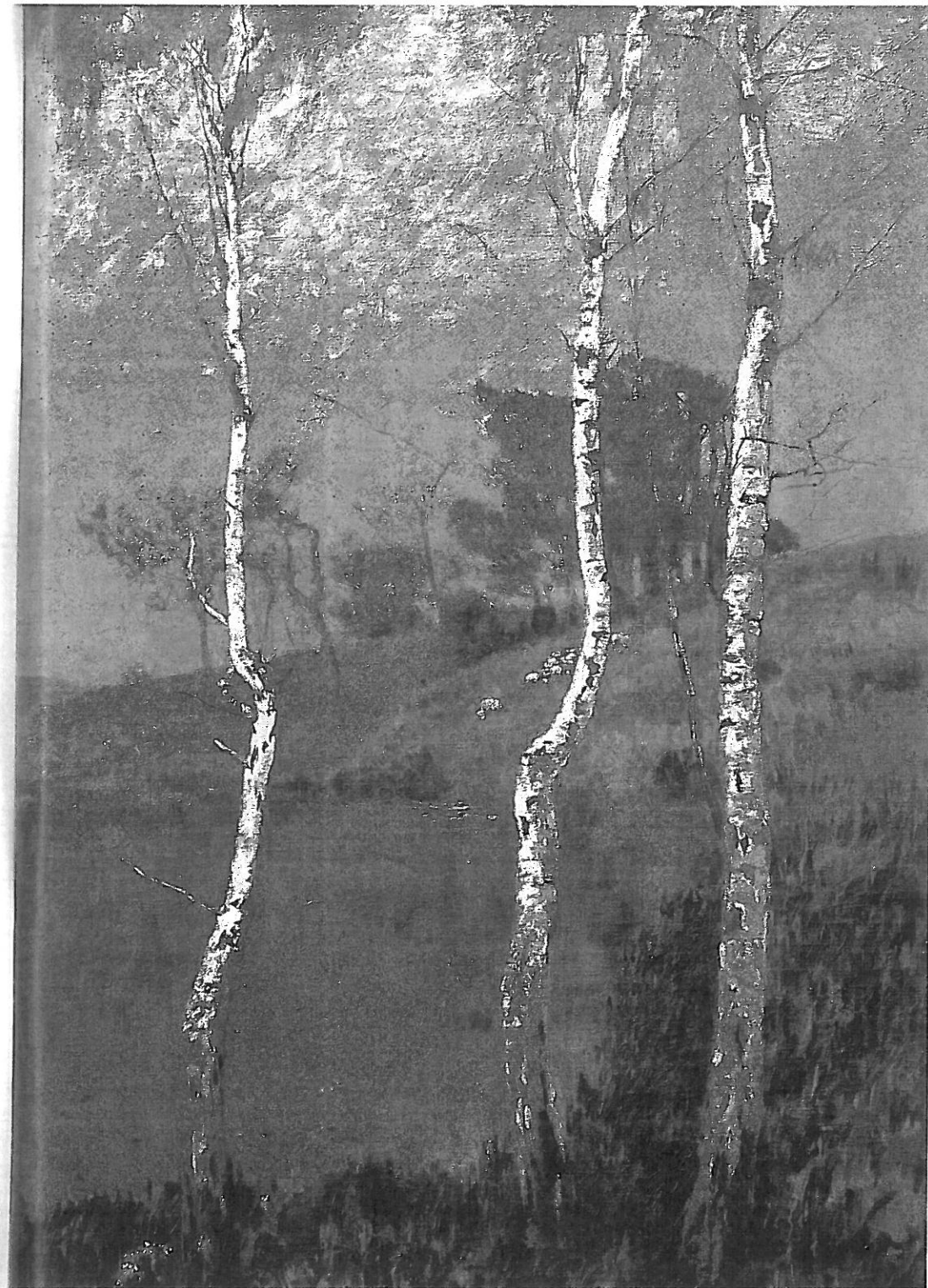
ULRICH BLUM:

„Wohlstand für Alle! – Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft heute“

Am 4. Februar 1897 wurde Ludwig Erhard geboren. Sechzig Jahre später, im Jahr 1957, veröffentlichte er sein großes wirtschaftspolitisches Werk *Wohlstand für Alle* (1957). Viele seiner Ideen sind auch heute von höchster Aktualität, weil sie zeitlose Vorgaben für das Bereitstellen, was heute neudeutsch *Economic Governance* heißt, also gutes wirtschaftspolitisches Regierungshandeln. Daß diese Lehren mit der Rechtfertigung „*Not kennt kein Gebot*“ – gelegentlich sogar „*Not kennt keine Rechtsnorm*“ – mit Füßen getreten werden, macht sie noch wichtiger, zumal keine der mit der Rechts- oder Regelbrechung erhofften Probleme tatsächlich gelöst wurden. Vielmehr zeigt sich die alte Weisheit, daß Regelbruch meist neuen Regelbruch erzeugt. Damit zerstört der Staat eines seiner wichtigsten Reputationsgüter: das Vertrauen in den Geldwert und die Verlässlichkeit.

Der vorliegende Beitrag stellt die leicht überarbeitete schriftliche Fassung eines Vortrags bei der Konrad-Adenauer-Stiftung im Rahmen des Schwerpunktthemas „Soziale Marktwirtschaft und Wohlstand von morgen“ dar.

Wohlstand für Alle – so lautet der Titel des großen Werks von Ludwig Erhard aus dem Jahr 1957. Was ist Wohlstand? Denn dieser Begriff steht im Zentrum der Betrachtung. Der Wohlstand ist von der Wohlfahrt abzugrenzen, aber auch vom Reichtum. Die sprachliche Herkunft legt nahe, daß Wohlstand dann gegeben ist, wenn Bürger wohlsituiert ein angemessenes Leben führen können, also über materielle Dinge – leicht zu messen –, aber auch immaterielle Dinge – schwer zu erfassen – verfügen. Ob Wohlstand ohne Wohlfahrt möglich ist, wird in der politischen Philosophie diskutiert. Wohlfahrt ist stark mit dem



Erfüllen von Grundbedürfnissen verbunden, was auch durch das Bereitstellen öffentlicher Güter ermöglicht wird. Wohlfahrt ist vor allem dann erforderlich, wenn Wohlstand nicht alle erfaßt. Wohlstand hat eine etwas andere Konnotation als der englische Begriff *wealth*, den Adam Smith (1776) in seiner *Wealth of Nations* verwendet hat, die dem Thema Ludwig Erhards nahesteht. Denn *wealth* umfaßt neben der Verfügbarkeit über Güter auch den Reichtum und das Wohlbefinden.

Soziale Marktwirtschaft: kein Programm für Schönwetterzeiten

Wohlfahrt für Alle – der zweite Teil des Buchtitels verweist auf die Partizipation aller am Wohlstand: Es geht nicht um viele (oder gar nur um wenige), sondern es geht darum, alle in das Wohlstandskonzept einzubeziehen. Damit entsteht eine Totalität des Anspruchs an ein Wirtschaftssystem, der in dieser Form selten geäußert wird. Es entspricht der Vorstellung der damaligen Zeit, ein starker Staat habe sich für die ökonomischen Anspruchsrechte seiner Bürger zu engagieren und diese nicht dem reinen Zufall, wirtschaftlichen oder politischen Machtverhältnissen oder externen Schocks zu überlassen. Hier sei die These gewagt, daß in dem Maß, in dem der Wohlstand für alle verwirklicht ist, sich die Frage nach der Wohlfahrt erübrigt.

Vielen erscheint die Soziale Marktwirtschaft als humaner Gegenentwurf zum sozialistischen Wirtschaftsmodell einerseits und zum raubtierkapitalistischen andererseits, ganz so, wie es Johannes Paul II. in der Enzyklika *Centesimus Annus* (1991) formulierte. Aber Ludwig Erhard ist, wenn man seine Schriften liest, kein Dialektiker – ganz im Gegenteil! Bei ihm kann man insbesondere keinen Gegensatz zwischen Markt und Sozialem herleiten. Für ihn war die Soziale Marktwirtschaft eine Ordnung, die

durch das Wettbewerbsprinzip die Preise senkt und damit bereits einen Teil des Wohlstandsversprechens einlöst und dann dem unternehmerisch Handelnden die Angst vor einer wirtschaftlichen Zerstörung nimmt, Risiko gleichsam persönlich erträglich macht. In diesem Sinn spannt die Soziale Marktwirtschaft ein Risikonetz auf, in dem man sich aber nicht ausruhen darf. Man muß als Trapezkünstler, der abgestürzt und vom Netz aufgefangen wurde, um in dieser Begrifflichkeit zu bleiben, möglichst schnell wieder aus ihm heraus- und erneut aufs Trapez klettern, also wirtschaftlich tätig werden.

Die Dialektik liegt hier eigentlich eher im Gegensatz zwischen Anspannung und Harmonie, wobei Anspannung als Wettbewerb und Wandel verstanden wird, durchaus im Sinne des Evolutionsprozesses, den auch Joseph Schumpeter (1912) in großer Tiefe beschrieben hat. Aber dem entgegengesetzt wird ein Ordnungskonzept, das ein richtiges Maß für das individuelle Handeln verlangt, das die Überschaubarkeit des Systems in seinen kleinen sozialen Einheiten zeigt – was die Mittelstands- und Familienfreundlichkeit Ludwig Erhards ebenso verständlich macht wie seine Ablehnung von Großkonzernen und vor allem der Kartellbildung. Diese Ordnung gewährleistet klare und anreizkompatible Regeln in Wirtschaft und Politik. Hier ist das Kantsche Denken zu verorten, aber auch die chinesische Philosophie, auf die später noch eingegangen wird. Eigentlich ist für Ludwig Erhard, der ein großer Anhänger des damals so erfolgreichen *1. FC Nürnberg* war, Wirtschaft ein großes (Fußball-)Spiel: Man braucht gute Regeln, deren Einhalten den Spielern einsichtig ist, weil sie nur so langfristig erfolgreich sein können, und bei denen ein Schiedsrichter gelbe und rote Karten verteilen kann, wenn denn doch einmal jemand falsch spielt. Die Soziale Marktwirtschaft unterscheidet demgemäß

zwischen den Spielregeln – der Ordnung – und den Spielzügen. Wie beim Fußball greift ein Schiedsrichter bei Regelüberschreitungen ein, beispielsweise das Kartellamt.

Vieles des hier Gesagten erinnert heute an heile Welten, aber das war die Welt zu Zeiten Ludwig Erhards mitnichten. Er mußte ständig hart für seine Wirtschaftsordnung und das in ihr so zentrale Wettbewerbsprinzip kämpfen. Immer wieder warnte er vor Ansprüchen an das Wirtschaftssystem, vor allem aus dem Bereich des Sozialen, das dieses nicht erfüllen könne, was dann zur Entfremdung der Bevölkerung von ihrem Staat führen könne. Regelmäßig verwies er auf die schädlichen Konsequenzen eines Eliminierens des Wettbewerbsprinzips, das gerade in den 1950er Jahren keinen hohen Stellenwert in allen Parteien besaß.

Tatsächlich lebte Ludwig Erhard in einem steten Systemkrieg zwischen Klassenkampf auf der linken Seite, aber auch in den eigenen Reihen (vergleiche das sogenannte Ahlener Programm zur Verstaatlichung von Schlüsselindustrien und die Zuneigung Konrad Adenauers zu kartellähnlichen Konstruktionen; vgl. Koeffler 1998). Die Aussagen der Simplifizierer, die schon damals in einer komplexen Welt fröhlich unterwegs waren, und ihrer einfachen ökonomischen Lösungen sezierte er gerne in vorlesungsähnlichen, professoralen und doch verständlichen Reden, und dabei schien immer wieder die Fähigkeit auf, die Probleme des politischen Entscheiders, der im Sinne von Max Weber dicke Bretter zu bohren hat, allgemeinverständlich zu machen. Um es zu verdeutlichen: Komplexität ist etwas Natürliches, Kompliziertheit kann erzeugt werden, auch, um politische Herrschaft abzusichern. Dann befindet man sich in der Welt der sogenannten *Post-Demokratie* des Colin Crouch (2004), der als Linksliberaler die Sozialdemokratie unter Tony Blair kriti-

sierte: Man würde seitens der Exekutive Sachverhalte so nachhaltig verkomplizieren und verzögern, daß die Legislative unter Entscheidungsnotstand gestellt werden könne und damit Gesetze ohne große Kontrolle durchwinken müsse. Die Eurorettung läßt grüßen!

Es wird offenbar: Diese Situation hat durchaus Ähnlichkeit mit heutigen Problemen. Viele tragen die Soziale Marktwirtschaft wie eine Monstranz vor sich her, von Sahra Wagenknecht über Andrea Nahles über Karin Göring-Eckhart und Angela Merkel bis hin zu Frauke Petri. Oder, um es inhaltlich zu machen: vom Klassenkampf über Ignoranz, Herz-Jesu-Sozialismus bis hin zum Merkantilismus. Keines von dem hat Ludwig Erhard aber jemals gewollt. Nicht zu verschweigen ist, daß Sahra Wagenknecht das, was Ludwig Erhard staatsphilosophisch ausmachte, von den hier Genannten wohl am intensivsten gelesen und besten verstanden hat – und es daher auch ordnungspolitisch in ihrem Sinn optimal instrumentalisieren kann. Ihr Buch *Freiheit statt Kapitalismus: Über vergessene Ideale, die Eurokrise und unsere Zukunft* (2011) und auch spätere publizistische Äußerungen sind ein Menetekel für all die, welche das große ordnungspolitische Erbe durch Verfälschung und Regelübertretung faktisch aus dem Diskurs der liberalen Mitte eliminiert haben. Besonders deutlich wird dies in ihrer Kritik am Finanzkapitalismus und der Konzentration der Wirtschaft, vulgo Stamokap; der Staatsmonopolkapitalismus geht auf Rudolf Hilferding (1910) zurück. Auch Joseph Schumpeter fand in seinem Spätwerk Gefallen an einer finanzmarktgetriebenen Wirtschaftsentwicklung, die gerade nach Abdanken des Kommunismus durch eine Vielzahl von Finanzinnovationen Milliarden Menschen erfolgreich neues Kapital zur Verfügung stellte. Aber auch Finanzmärkte brauchen Regeln, vor allem in bezug auf Haftung! Die Verbin-

*Blumenmädchen, Ausschnitt eines Gemäldes
(1930; Format: 30 x 20 cm) von Peter Pulm
(1882 - 1960); Privatbesitz*

derung von Staat und Politik hat diese eliminiert, verdeutlicht in einer bankenfreundlichen Deregulierung, und damit einem Sprengen des Ordnungsrahmens Vorschub geleistet. Als dann das Chaos ausgebrochen war, wurden die aufgrund ihrer Spekulationen in Notlage geratenen Finanzinstitutionen seitens der Staaten gerettet. Da der Staatsmonopolkapitalismus als finales Stadium der kapitalistischen Ordnung gilt, ist dessen Kritik aus einer politisch linken Sicht bemerkenswert.

Allerdings bleibt in der von Sahra Wagenknecht formulierten Sicht die durch Freiheit konstituierte Menschenwürde – und die durch Menschenwürde konstituierte Freiheit – auf der Strecke. In diesem Sinne glaubte Ludwig Erhard an den Primat des Individuums, das aber mit seinen Möglichkeiten verantwortungsvoll umzugehen habe. Er nannte das Maßhalten! Denn es bedarf einer Tugendethik, wenn nicht alles, was möglich ist, auch ausgenutzt wird. Ökonomisch gesprochen: Die Transaktionskosten würden die Fähigkeiten des Wirtschaftssystems überlasten. Der Vorstellung, fehlenden Anstand durch Kontrolle einfangen zu können, folgten auch die Bankenvertreter nach der Krise, wenn sie fragten, warum der Staat nicht gewisse Handlungsweisen rechtzeitig verboten habe.

Für Ludwig Erhard war nämlich das grundsätzliche Erlebnis einer Sozialen Marktwirtschaft das der Verwirklichung individueller Freiheit mit sozialen Bezügen, wieder zurückkommend auf Immanuel Kant und seine im Kategorischen Imperativ festgehaltene goldene Regel. Damit ergab sich auch eine spezielle Form der Verantwortung, die später thematisiert wird. In jedem Fall gilt: Das Wohlstandsversprechen



ist nur über Wettbewerb und damit auch über Begrenzung wirtschaftlicher Macht möglich; es wird aber niemand zum Unternehmer, wenn das seine Existenz gefährdet. Man mag das mit einem Auto vergleichen, das über Gaspedal und Bremse verfügt. Das Gaspedal kann man nur gut bedienen, wenn man sich auf die Bremse verlassen kann. Aber dauerhaft auf der Bremse zu stehen führt zu keiner Fortbewegung. Und gleichzeitig Gaspedal und Bremse zu drücken ist völlig systemwidrig, weil es den Motor abwürgt. Man fühlt sich hier an das chinesische Modell von *Ying* und *Yang* erinnert – in jedem Dunklen ist etwas Helles und in jedem Hellen etwas Dunkles – und daß Gegensätze in dieser Form tatsächlich nicht existieren, sondern nur Bedingtheiten.

Hierarchie und ebenengerechtes wirtschaftspolitisches Führen

Versucht man Ludwig Erhard theoretisch zu durchdringen, um daraus Erkenntnisse zur Bewältigung des gegenwärtigen ordnungsökonomischen Durcheinanders zu gewinnen, so findet man mit Sicherheit zwei Probleme, die er bereits früh adressiert hat: nämlich den Umgang mit Hierarchie und das ebenengerechte Setzen von Anreizen; beides ist miteinander verwoben. Ludwig Erhard trieb die große Sorge um, daß diejenigen, die sein ordnungsökonomisches Vermächtnis auf nationaler Ebene aushebeln wollten, das nicht in Deutschland, sondern auf übergeordneter Ebene, insbesondere auf der der Europäischen Union, tun. Tatsächlich ist das auch genauso geschehen. Er hatte besonders große Hemmungen, zuzugestehen, die Europäische Union als eine nach außen abgeschottete Freihandelszone aufzubauen. Nicht umsonst war er als Handlungsreisender international unterwegs und hat versucht, Bündnisse und Partnerschaften für die globale Marktwirt-

schaft zu schmieden. Ebenengerechte Ordnungsrahmen und Wettbewerbspolitik bedeuten Subsidiarität, das ist ein alter Gedanke aus der christlichen Soziallehre, dem Ludwig Erhard und die Väter der Sozialen Marktwirtschaft nicht fernstanden. Hier liegt einer der wesentlichen Versagensstatbestände der Europäischen Union und auch des Europäischen Währungssystems, die zu den Verwerfungen führten, die gegenwärtig sowohl ökonomisch als auch politisch zu konstatieren sind.

Viele wirtschaftspolitische Auseinandersetzungen werden derzeit auf den falschen Ebenen geführt und sind dadurch nicht lösbar. Zwei typische Beispiele dafür sind: die Eurokrise, weil die Währungsunion unter den Bedingungen eines unvollständigen Ordnungsrahmens als politischer Kraftakt geschaffen wurde, der aber die ökonomische Systemumgebung nicht folgte, so daß es bis heute keine ebenengerechten Anreize gibt. Man kann nicht alles auf das Versagen des Maastrichter Vertrages schieben, ohne zu bemängeln, daß ein europäisches Staatswesen, wenn es denn gewünscht ist, aus mehr bestehen müßte als aus einer gemeinsamen Währung, um langfristig eine ökonomische Konvergenz zu gewährleisten.

Fazit: Wenn man europäisiert, dann benötigt dies einen ordnungsökonomischen Konsens. Weil dieser fehlte und nicht ein-

Literatur:

- Böhm, F., 1948, Das Reichsgericht und die Kartelle, *Ordo* 1, 197-213.
 Crouch, C., 2004, *Post-Democracy*, Oxford University Press, Oxford, 2004; deutsche Ausgabe, 2008, *Postdemokratie*, Suhrkamp, Frankfurt am Main.
 Deutsche Bischofskonferenz, 1991, *Enzyklika Centesimus Annus*, Mainz.
 Erhard, L., 1955, *Gedanken zu dem Problem der Kooperation oder der Integration*, Private Studie für Jean Monnet, 25. März 1955, mimeo.
 Erhard, L., 1957, *Wohlstand für Alle*, Econ, Düsseldorf.
 Koerfer, D., 1998, *Kampf ums Kanzleramt: Erhard*

gefordert wurde, entwickelte sich die europäische Einigung zum fiskalischen – und inzwischen leider auch politischen – Abenteurer. Man mag von einer staatsphilosophischen Theorie der Systeminterdependenz Ludwig Erhards sprechen, wenn man seine Aussage aus dem Jahr 1955 dazu heute liest: *Jede Integration aber – die politische und die wirtschaftliche – setzt immer eine vorherige Übereinstimmung hinsichtlich der Prinzipien, Systeme und Ziele des Handelns und Verhaltens voraus.*

Der Kern des Freiheitsgedankens ist neu zu formulieren, ebenso wie der Kern des Teilhabegedankens. Hatten die liberalen Philosophen den Schlüssel zur gesellschaftlichen Entwicklung in Aufklärung und Autonomie gesehen, so kam in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts das sozialliberale Ideal einer ökonomischen Absicherung des Freiheitsgedankens hinzu. Heute müßte besonders der Verantwortungsgedanke stärker thematisiert werden – ein Teil aus dem Dreiklang Zurechnung, Verantwortung, Haftung. Schon bei der Zurechnung tun sich moderne Systeme schwer, bei der Verantwortung erst recht und bei der Haftung noch mehr. Wenn man sich die Kalamität im Kontext der Finanzkrise, aber auch auf politischer Ebene (betrügerische Aufnahme Griechenlands in die Euro-Währungszone unter Mitwirkung des gegenwärtigen EZB-Präsidenten, Bonus-

- und Adenauer, Ullstein, Berlin.
 Ratzinger, J., 2000, *Der angezweifelte Wahrheitsanspruch, Bilder und Zeiten*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 8. Januar: 1-2.
 Schumpeter, J., 1912 (1962), *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*, August Rabe, Berlin.
 Smith, A., 1776, *The Wealth of Nations: an Inquiry into the Nature and the Causes*; deutsche Ausgabe: 1974, *Der Wohlstand der Nationen – Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen*, Beck, München.
 Wagenknecht, S., 2011, *Freiheit statt Kapitalismus: Über vergessene Ideale, die Eurokrise und unsere Zukunft*, Campus, Frankfurt/Main.

zahlungen für Bankmanager, die ihre Institute und ganze Volkswirtschaften in den Ruin getrieben haben) ansieht, so wird deutlich, daß hier ein erheblicher Nachsteuerungsbedarf besteht. Es geht also um Verantwortung in einer komplexen Welt, und da gerade Komplexität nicht auf aggregierter Ebene zu bewältigen ist, wie bereits Friedrich August von Hayek zeigt, muß hier dezentral angesetzt werden.

Was würde Ludwig Erhard heute raten?

Fazit: Denken in ordnungsökonomischen Kategorien macht es erforderlich, den Dreiklang aus Zurechnung, Verantwortung und Haftung neu zu justieren – und zwar von der politischen Ebene (vgl. Flughafen Berlin) bis hin zur unternehmerischen (vgl. VW oder Deutsche Bank).

Es ist sinnlos, für Europa zu kämpfen, wenn man es mit politischen Großprojekten zerstört. Das macht die Politik in unserem Land so unglaublich. In ihrer Neujahrsansprache sagte die Kanzlerin, daß sich das nationale Handeln unter das europäische Dach einordnen müsse: *Aber nein – wir Deutschen sollten uns niemals vorgaukeln lassen, eine glückliche Zukunft könnte je im nationalen Alleingang liegen.* Hat sie das bei der Energiewende getan? Hat sie das bei der Flüchtlingspolitik getan? In beiden Fällen muß man eindeutig mit Nein antworten – und sie führt Europa damit in eine Zerreißprobe, über die auch ein liberales Blatt wie der *Economist*, der gleichzeitig auch immer die wichtige Rolle der Kanzlerin auf globaler Ebene betont, sein Erstaunen ausdrückt. Bei der Flüchtlingskrise soll nicht auf die üblichen Diskurse eingegangen werden, die ausgesprochen flach verlaufen, sondern auf die Unfähigkeit, die große Herausforderung gleich von Anfang an zu bewältigen: In einem Staat, in dem ein großer Teil der Bevölkerung einen Be-

amtenstatus hat oder als Pensionär hatte, wäre es ein Leichtes gewesen, diesen zu rekrutieren, um die benötigten Integrationsysteme schnell aufzubauen. Diese Herausforderung funktionierte bei der deutschen Einheit übrigens weit besser als anlässlich der vielen Flüchtlinge; die politische Lern- und Entscheidungsfähigkeit war offensichtlich schnell erodiert. Wenn man nationale Alleingänge durchsetzt, dann auch in nationaler Verantwortung und nicht durch Abwälzen auf Dritte – genau das, was Deutschland regelmäßig den Fiskalsündern der Peripherieländer vorwirft.

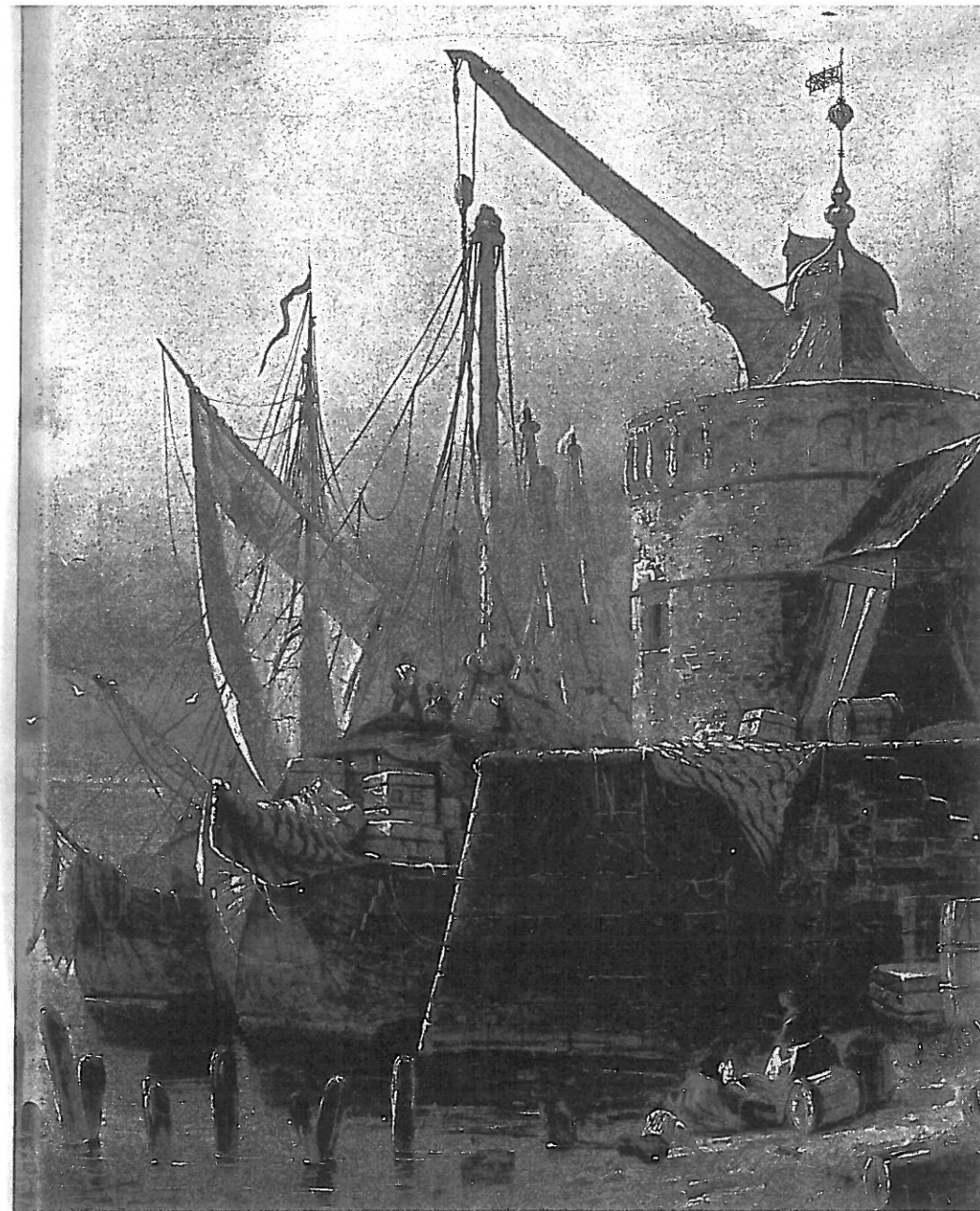
Fazit: Unser Problem ist heute nicht das Postfaktische (als käme dieses nach dem Faktischen – Mutmaßungen, Lüge und Nachrede hat es immer gegeben), sondern eher das *Luxtafaktische*, das neben den Fakten Liegende. Denn tatsächlich bedient die Politik heute nicht mehr die Sachverhaltsaufklärung, vielmehr vernebelt sie Fakten. Dies dann den sogenannten Populisten vorzuwerfen ist ebensolcher Populismus, aber es gilt wohl inzwischen allgemein: *Der Populist ist für den Populisten ein Populist!* Sachverhaltsaufklärung ist der erste Schritt zur Therapie, egal, ob politisch oder ökonomisch. Nicht zu vergessen ist, daß Wahrheit mit dem Faktischen nicht unbedingt eindeutig verbunden sein muß, denn zu Ersterer zählt auch ein (philosophisches) Narrativ, das diese in eine konkrete Situation einbettet. Die klassischen Gegensatzpaare der politischen Erklärung funktionieren nicht mehr – Populist vs. Demokrat, Kommunitarist vs. Kosmopolit, Liberaler vs. Konservativer usw.

Es fehlen politische Narrative, die es möglich machen, Sachverhalte zu einer politischen Motivation werden zu lassen. Jede große geschichtliche Entwicklung besteht aus vier tragenden Elementen, nämlich einer Vision, einer Mission, einer Passion und einer Rezeption, die zu nutzen sind. Im Abendland wird das durch die

Szene am Küstenhafen, Gemälde (1883; Format: 36 x 30 cm) von Carl Johan C. Neumann (1833 - 1891); Privatbesitz

christliche Religion verdeutlicht. Für China wurde die Vorstellung eines von ausländischem Einfluß freien Landes in einer Revolution umgesetzt, deren Passion der *Lange Marsch* war, er konnte erduldet und verwirklicht werden auf der Grundlage des konfuzianischen Erbes, das heute, gerade unter den speziellen Bedingungen des Staatssozialismus, wieder an Bedeutung gewinnt. Bei Ludwig Erhard war es die Vision einer freien Gesellschaft, die er über die Soziale Marktwirtschaft – seine Mission – implementierte; der Begriff selbst entfaltete sein die Bevölkerung medial durchdringendes Narrativ, das noch heute wirkt – und das half, den nur scheinbar quasi-urchristlichen Herz-Jesu-Sozialismus zu überwinden. Diese Mission fand vor dem Hintergrund der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs und einer seiner Voraussetzungen, nämlich der kartellierten Wirtschaft, die die Machtergreifung von Adolf Hitler begünstigte, statt – einer Katastrophe, die als Passionsgeschichte Deutschlands und seiner Nachbarvölker zu sehen ist. Die Rezeption war ein Leichtes, fiel sie doch auf den fruchtbaren Boden eines weitgehend von der christlichen Soziallehre beeinflussten Landes.

Der Vierklang aus Vision, Mission, Passion und Rezeption fehlt in unserem modernen politischen Diskurs. Vielleicht hätte das *Europe des patries* – das *Europa der Vaterländer* – des großen Franzosen, Europäers und Freundes der Deutschen Charles De Gaulle das Narrativ werden können, aber das war von den Integrationsbesessenen nicht gewollt, die heute vor dem Scheitern ihres Überdehnungsversuchs stehen. Das heißt mitnichten, daß Politik durch Narrative emotionalisiert werden sollte. Das Einbetten des politischen Handelns in eine Geschichte ermöglicht es aber den politisch



und ökonomisch Führenden, das Rationale auch vernünftig werden zu lassen, also auf die Werterückbindung ihrer Politik zu achten. Das ist scheinbar wenig, tatsächlich

aber sehr viel. Und das ist Ludwig Erhard mit der Sozialen Marktwirtschaft und der Forderung nach *Wohlstand für Alle* aufs trefflichste gelungen. ■